

## A1 Gegen rechten Terror! Gegen Rassismus und Antisemitismus!

Antragsteller\*in:

Konstantin von Notz (KV Hrzgt. Lauenburg), Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland), Malte Krüger (KV Steinburg), Anna Rogge (KV Kiel), Steffen Regis (KV Kiel), Eka von Kalben (KV Pinneberg), Luise Amtsberg (KV Kiel), Jörn Pohl (KV Kiel), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Aminata Touré (KV Neumünster), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Ulrike Täck (KV Segeberg), Jasper Balke (KV Lübeck), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Joschka Mroz (KV Kiel), Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde), Nele Johannsen (KV Ostholstein)

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

1 Gegen rechten Terror! Gegen Rassismus und Antisemitismus! Als Bündnis 90/Die  
2 Grünen Schleswig-Holstein solidarisieren wir uns mit den Opfern und Angehörigen  
3 des furchtbaren rechtsterroristischen Anschlages in Halle. Diese antisemitische  
4 und rassistische Tat zum Zeitpunkt der Feierlichkeiten zum Jom Kippur  
5 erschüttert uns zutiefst. Es ist Teil unseres antifaschistischen  
6 Selbstverständnisses, und unserer historischen Verantwortung, rechten Terror  
7 konsequent zu bekämpfen und Betroffene bestmöglich zu schützen.

8 Seit Jahren weisen jüdische Gemeinden und zahlreiche andere gesellschaftliche  
9 Gruppen auf den erstarkenden Rechtsextremismus und weiterhin bestehende  
10 rechtsterroristische Strukturen in Deutschland hin. Rassistische und  
11 antisemitische Ideologien sind längst kein Phänomen ausschließlich der  
12 gesellschaftlichen Ränder, sondern werden auch in der Mitte unserer Gesellschaft  
13 rezipiert. Dieser zunehmenden Verbreitung menschenverachtender Ideologien  
14 stellen wir uns mit aller Entschlossenheit gemeinsam entgegen. Die seit langem  
15 beobachtenden Entwicklungen und Warnungen beunruhigen uns zutiefst.

16 Wir nehmen sie äußerst ernst und richten unsere Strategien gegen  
17 Rechtsextremismus und -terrorismus nach ihnen aus. Wir müssen  
18 Menschenfeindlichkeit und immer gleiche, krude Theorien erkennen und sie  
19 deutlich benennen. Aus den Fehlern der vergangenen Jahre müssen wir lernen.  
20 Hierzu gehört unter anderem auch, rechte Netzwerke und Strukturen sehr viel  
21 stärker in den Blick zu nehmen. Dazu gehört ausdrücklich auch, die Rolle und  
22 weitreichende Vernetzung der AfD zu hinterfragen und sich der AfD auf allen  
23 Ebenen entgegenzustellen. Die gänzliche Entgleisung der öffentlichen Debatte ist  
24 vom Erstarken der AfD ebenso wenig zu trennen, wie rechter Terror von dieser  
25 entgleisten Debatte trennbar ist. Seit langem weisen wir darauf hin, dass eine  
26 derart entgleiste Debatte auch zu einem Anstieg entsprechender Taten führt.  
27 Durch die AfD ist es dem rechtsextremen Spektrum gelungen, einen bundesweit  
28 stark vertretenen parlamentarischen Arm zu etablieren. Hass und Hetze gegen  
29 Juden\*Jüdinnen, Muslim\*innen, People of Color, LGBTIQ, Obdachlose, Menschen mit  
30 Behinderung oder politisch Andersdenkende sind Ausdruck einer zutiefst  
31 menschenfeindlichen Ideologie.

32 Diese Ideologie ist für Betroffene eine akute Gefahr und kann nicht länger  
33 ignoriert werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
34 menschenverachtende Ideologien entschieden zu bekämpfen und Minderheiten  
35 effektiv zu schützen. Hier sind alle Demokratinnen und Demokraten in der

36 Pflicht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich entschieden von  
37 denjenigen abzugrenzen, die universelle Menschenrechte offen in Frage stellen.

38 In Schleswig-Holstein war der Rechtsextremismus nie verschwunden. Im November  
39 1992 verübten Rechtsextreme einen Brandanschlag auf türkische Familien in Mölln.  
40 Im März 1994 gab es einen Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge durch vier  
41 Rechtsextreme. Dieses war der erste Anschlag auf eine Synagoge in Deutschland  
42 seit 1945. Im Mai 1995 erfolgte ein weiterer Brandanschlag auf die Lübecker  
43 Synagoge. Das Verfahren hierzu wurde eingestellt. Schon im Januar 1996 wurde in  
44 der Lübecker Hafenstraße ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim  
45 ausgeübt, weitere Anschläge und zahlreiche Angriffe folgten in verschiedenen  
46 schleswig-holsteinischen Orten. Im Zuge der weiterhin nicht vollständig  
47 aufgeklärten NSU-Mordserie wurden Verbindungen auch nach Schleswig-Holstein  
48 sichtbar und derzeit klärt ein Untersuchungsausschuss des Landtags Verbindungen  
49 zwischen rechtsextremen Strukturen zur organisierten Kriminalität auf.

50 Wenn heute Rechtsextremisten in Bad Segeberg und anderswo versuchen, neue  
51 rechtsterroristische Strukturen und Netzwerke zu etablieren, wenn sie glauben,  
52 Menschen auf offener Straße einschüchtern und ihre menschenverachtende  
53 Propaganda verbreiten zu können, haben wir diese Entwicklung sehr genau im Blick  
54 und stellen ihr uns entschlossen entgegen.

55 Unsere Solidarität gilt allen Opfern rechter Gewalt!

56 Gleichzeitig weisen wir noch einmal auf die hohe Gefahr hin, die von  
57 rechtsextremen Netzwerken und rechtsterroristischen Strukturen ausgeht. Die  
58 Sicherheitsbehörden fordern wir mit Nachdruck auf, diese Entwicklung ebenfalls  
59 sehr ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln.

60 Neben neuen Strukturen zur Erkennung aktueller Bedrohungslagen und einer Reform  
61 des Bundesamts für Verfassungsschutz brauchen wir u.a. eine verbesserte  
62 grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europaweit einheitliche „Gefährder-  
63 Definitionen“. Dass Vereine wie „Combat 18“ als erklärter militanter Arm des  
64 „Blood & Honour“-Netzwerks bis heute nicht verboten sind, ist uns  
65 unverständlich. Genauso fordern wir seit langem Änderungen im Waffenrecht und  
66 die effektivere Überprüfung von Extremisten und ihren Zugang zu Waffen.

67 Dringend brauchen wir auch mehr Schutz von durch Rechtsextremisten bedrohten  
68 Menschen und Einrichtungen und entsprechende Hilfsangebote. Hierzu gehören für  
69 uns beispielsweise auch Änderungen im Melderecht. Zivilgesellschaftliche Arbeit  
70 im Kampf gegen Rechtsextremismus darf nicht in Frage gestellt, sondern muss  
71 langfristig gesichert werden. Antisemitische Straftaten müssen in  
72 Kriminalitätsstatistiken besser erfasst werden, als dies heute der Fall ist.

73 Antifaschismus ist eine dauerhafte Aufgabe für unsere Gesellschaft und unsere  
74 Partei. Angesichts neuer rechtsterroristischer Morde und rechtsextremen  
75 Angriffen auf Synagogen, Moscheen, Flüchtlingsunterkünfte und Menschen muss der  
76 Ausspruch „Nie Wieder“ Leitbild für uns alle sein.

**Unterstützer\*innen**

Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Gazi Sikican (KV Kiel); Carola Köster-Wiens (KV Lübeck); Ian Arne Winkler (KV Flensburg); Mukhtaar Sheekh Cali (KV Kiel); Kirk Fänderich (KV Plön); Finn Petersen (KV Schleswig-Flensburg)